

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreise: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tschingelstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertocher + 0,50 Rmt. monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägertocher + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln, Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Schwant das Zentrum?

Doch noch neue Kompromißverhandlungen über das Schulgesetz. Unentschlossenheit des Zentrums.

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die innerpolitische Lage hat auch am Donnerstag trotz der Drohungen des Zentrums mit „allen Konsequenzen“ eine Klärung nicht erfahren. Eine Fraktionsvorstands-sitzung des Zentrums ging aus wie das Hornberger Schicksal. Die Fraktion selbst trat in eine sachliche Debatte über die umstrittenen Punkte des Reichsschulgesetzes überhaupt nicht ein. Sie nahm lediglich davon Kenntnis, daß diese Fragen am Freitag nachmittag erörtert werden sollen — und begab sich dann geschloffen zu einem Bierabend. Auch die Fraktion der Volkspartei faßte keine Beschlüsse.

Die Deutschnationalen wissen vor Wahltag nicht mehr ein noch aus. Sie lassen nichts unversucht, um die streitenden Kräfte doch noch zusammenzubringen und ihre sichere Niederlage möglichst hinauszuschieben. Es herrscht trotzdem die allgemeine Ueberzeugung vor, daß der Bürgerblock in seinen letzten Zügen liegt und Ende April dieses Jahres die Auflösung des Reichstages erfolgt.

Berlin, 10. Februar. (Eigener Funkenbericht.)

Von dem gestern insbesondere in der „Germania“ und der „Täglichen Rundschau“ veranstalteten Kanonendonner in heute nicht mehr allzu viel zu verspüren. Die Blätter begnügen sich mit allgemeinen Feststellungen, registrieren die Kompromißverhandlungen vom Donnerstag und kündigen für heute neue Erörterungen über das Reichsschulgesetz mit dem Ziel einer Verständigung an. Was dabei herauskommen könnte, wird von keiner Seite auch nur angedeutet. Dabei fehlt es an Kompromißvorschlägen zweifellos nicht. So weiß die „Germania“ heute mitzuteilen, daß gestern u. a. auch die Frage geprüft wurde, ob in Zukunft nicht reine private konfessionelle Schulen in den Simultanschulländern mit staatlicher Hilfe errichtet werden sollen. Dieser Vorschlag enthalte einen Weg, über den schließlich eine Diskussion nicht unmöglich erscheine. Es sei immerhin eine zweite Frage, ob er allerdings zu dem vom Zentrum gewünschten Ziele führe. Auch wir möchten das annehmen, denn wenn dieser in rohen Umrissen von der „Germania“ angedeutete Kompromißvorschlag zur Wirklichkeit werden sollte, würde das ein Umfall der Volkspartei und ein Verzicht auf die als heilig verkündeten Grundsätze bedeuten, wie er selbst bei dieser Partei bisher nicht zu verzeichnen gewesen sein dürfte. (???)

Im übrigen ist es auffallend, daß sich heute auch die deutschnationale Presse etwas eingehender mit dem Streit innerhalb der Koalition befaßt und ihren Optimismus von gestern langsam abbaut. Die „Kreuzzeitung“, die z. B. am Donnerstag noch sämtliche Ausführungen über den Streit im Koalitionslager als „leere Kombinationen“ bezeichnete, widmet ihre heutige Aeußerung der „Frage der Verantwortung“ für den Fall einer Krise. Ihre Antwort lautet selbstverständlich dahin, daß der gegenwärtige Reichstag, der längst nicht mehr der Stimmung des Volkes entspricht, noch recht lange zusammenbleiben muß. Ja, es ist geradezu ergötzlich, wie man diesem Reichstag noch Aufgaben zuschiebt, an die bisher kein Mensch gedacht hat.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages soll nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ am Donnerstag beschlossen haben, der heute Mittag um 12 1/2 Uhr zusammentretenden Gesamtfraktion vorzuschlagen, sobald die Verhandlungen über die kritischen Punkte des Reichsschulgesetzes offiziell als gescheitert zu betrachten sind, sofort die Konsequenzen zu ziehen. Das würde, wie das „Berliner Tageblatt“ mit Recht bemerkt, nichts anderes als den Austritt aus der gegenwärtigen Koalition bedeuten. Daran aber denkt das Zentrum nach unseren Informationen vorläufig ebensowenig, wie an andere Konsequenzen. Man will zunächst den Etat verabschieden. Die Meldung des „Berliner Tageblattes“ dürfte dennoch den Tatsachen nicht entsprechen.

Starke Werte der Zentrumspresse.

Köln, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“, das Hauptorgan des rheinischen Zentrums, beschäftigt sich am Donnerstag abend unter dem Titel: „Erlaubte Geduld“ u. a. mit der politischen Lage und Kritik.

„Heute stellen sich die liberalen Kreise der Deutschen Volkspartei und einige andere Leute erstarrt, weil das Zentrum jetzt bei der Ablehnung des Ausnahmengesetzes beharrt, das die Volkspartei mit kommunistischer Unterstützung der Sozialdemokraten und Demokraten aus dem Reichstag ausschließen sollte, als ob sie an die Endgültigkeit dieser Entscheidung noch nicht

recht glauben können. Natürlich, sie möchten dem Zentrum die Verantwortung für den Koalitionsbruch zuschieben, den sie selbst bewußt herbeigeführt haben. Die Kundgebungen aus katholischen Eltern- und Lehrerkreisen, die sich in den letzten Tagen stark vermehrt haben, beweisen, daß eine weitere Nachgiebigkeit des Zentrums in diesen grundlegenden Fragen bei seinen Wählern auf keinerlei Verständnis zu rechnen hätte. Auch die anderen Parteien sollten wissen, daß die Grenze erreicht ist.“

Hindenburg mischt sich wieder ein.

Er will die Volkspartei zum Umfall veranlassen.

Im Zusammenhang mit den ergebnislosen Verhandlungen über das Reichsschulgesetz verwies wir gestern insbesondere auf die Wahlangst der deutschnationalen Volkspartei und stellten gleichzeitig fest, daß sie ihre ganzen Hoffnungen auf Hindenburg, den „Retter“, setzt — den „Retter“ vor der baldigen Meute. Der Reichspräsident hat diese deutschnationalen Hoffnungen auch diesmal nicht enttäuscht und getan, was er tun konnte, um ihren Interessen zu entsprechen. Unter dem Druck der deutschnationalen Minister und einiger ehemaliger Generale hat er am Donnerstag — wie wir erfahren — an den Reichspräsidenten, ähnlich wie zur Zeit der Auseinandersetzungen über die Parteienreform und zur Zeit der letzten Regierungsbildung, einen Brief geschrieben, in dem er auf zwei und Ziel der gegenwärtigen Regierung hinweist und ersucht, alles zu tun, damit dieses volksfeindliche Gebilde — wie es die Deutschnationalen in ihrer Wahlangst wünschen — noch recht lange bestehen bleibt. Schon hat es die Volkspartei natürlich mit der Angst zu tun bekommen. Sie fürchtet die Veröffentlichung des Briefes, obwohl er nicht zuletzt geschrieben wurde, um ihr den Umfall zu erleichtern und so die parteipolitischen Interessen der Deutschnationalen Volkspartei zu wahren.

Am heutigen Nachmittag, um 3 1/2 Uhr, tritt der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien unter dem Vorsitz des deutschnationalen Grafen Westarp zusammen. Er wird — wenn auch in strengster Vertraulichkeit — auf den besten Brief des Reichspräsidenten verweisen und was wird die Volkspartei tun? Prophezeien ist immer schwer, aber voraussichtlich dürfte sie — wie wir das von ihr schon reichlich gewohnt sind — ein „neues großes Opfer“ bringen und dem „Bolt zuliebe“ wieder einmal auf ihre heiligsten Grundsätze verzichten. Oder sollte es doch anders werden? Uns kann es letzten Endes gleichgültig sein. Die Wahlen sind auf kurz oder lang doch nicht zu vermeiden. Je werwerklicher die Mittel sind, mit denen man gegen alle guten Sitten versucht, die gegenwärtige Bürgerblock-Regierung zu halten, um so größer wird der Erfolg der bevorstehenden Abrechnung sein.

Landbundstandal.

Deutschnationale tranken bei Westarp Bier, während im Landtag über Agrarfragen abgestimmt wird.

Das Verhalten der deutschnationalen Großagrarier bei ihrem Kampf um die Sondermaßnahmen für die Landwirtschaft wächst sich allmählich zu einem politischen Skandal aus. Im Lande finden Protestdemonstrationen statt, die besonders deshalb so stark besucht sind, weil sich nicht nur Bauern ins Schleppland der Großgrundbesitzer nehmen lassen, sondern weil auch Landarbeiter und Beschäftigte zu den Kundgebungen abkommandiert werden. So berichtete vorgestern die großagrarische Presse über einen Aufmarsch des Thüringer Landbundes in Rudolfsdorf an dem 35 000 Menschen teilgenommen haben sollen und ihren Führern Gefolgschaft „bis zum Kengersten“ schwuren.

Während so auf dem Lande die Bauernschaft aufgebracht wird, fand, wie wir gestern berichteten, im Preussischen Landtag die zweite Lesung des Landwirtschaftlichen Haushaltses statt. Die Sitzung zog sich bis in die späten Nachstunden hin. Von der Deutschnationalen aber, die sich gegen die Regierung und das Abgeordnetenhaus haben machen, war etwa um 10 Uhr abends ab niemand mehr im Saal. Und von der Deutschen Volkspartei, deren Mitglieder der Reichstagsabgeordnete Herr Präsident des Reichslandbundes ist, war niemand da außer dem Schriftführer Abg. Rechenziele. Die fünf verbliebenen Koalitionsparteien nahmen dann auf Antrag des Grafen Peters die nicht angelegenen Titel

des Landwirtschaftsetats in ihrer Gesamtheit an. Durch ihre Abwesenheit haben sich die Deutschnationalen des Rechts begeben, zu diesen Titeln in der Einzelaussprache noch das Wort zu nehmen.

Unter diesen Umständen kann man verstehen, daß es heute morgen bei den Mitgliedern der Rechtsparteien im Landtag erstaunte Gesichter gab. Was aber war der Grund ihrer Abwesenheit? Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei hatte offenbar zur Vorbereitung der Wahlen im Hotel Kaiserhof einen Bierabend veranstaltet. Die Teilnahme an diesem Männerabend war den großagrarischen Deutschnationalen wichtiger als die parlamentarische Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in Preußen. Sie, die sonst so oft über die Parteipolitik schimpfen und schimpfen lassen, hielten die gesellschaftliche Veranstaltung des deutschnationalen Parteivorsitzenden für dringender als die Beratungen im Landtag. Selbstverständlich werden sie jetzt um so lauter gegen die preussische Regierung und gegen den Landwirtschaftsminister Steiger jernern.

Für die Arbeiterschaft aber und für diejenigen Kreise der Bauern, die schon bisher der großagrarischen Führung mit Zweifeln gegenüberstehen, ist dieses Verhalten der Deutschnationalen im Landtag der schlagende Beweis dafür, daß die Landwirte selbst ihr Geschick über die Notlage der Landwirtschaft nicht ernst nehmen. Sie werden sich darüber nicht wundern dürfen, daß ihnen diese Meinung mit aller Deutlichkeit gesagt wird.

Der Bürgerblock gegen die Mieter.

Alle Verbesserungen der Mieterschutz-Novelle abgelehnt. Auch das Zentrum gegen die Mieter.

Berlin, 9. Februar.

Die Einzelberatung der Novelle zum Mieterschutzgesetz wird fortgesetzt. Der Antrag Lipinski (Soz.), den § 1 des Mieterschutzgesetzes in seiner bisherigen Form bestehen und die Aufhebungslage statt des Kündigungsverfahrens bestehen zu lassen, wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 143 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Völkischen und Nationalsozialisten abgelehnt. Auch kommunistische Änderungsanträge zu § 1 werden abgelehnt, desgleichen kommunistische und sozialdemokratische Anträge zu den übrigen Paragraphen der Vorlage. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Lipinski (Soz.), der auch nach Veräumnis des Widerspruches gegen die Kündigung durch den Mieter die gerichtliche Nachprüfung der vom Vermieter geltend gemachten Kündigungsgründe zulassen und die Weigerung des Mieters, die Wohnung zu räumen, als Widerspruch gelten lassen will, mit 165 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Die erste Hälfte des Gesetzentwurfs, die das Kündigungsverfahren an Stelle der Aufhebungslage einführen will, wird in zweiter Lesung in der Ausnahmefassung angenommen. In der Einzelberatung des Restes der Vorlage bringt

Abg. Fern (Soz.) eine Reihe von Anträgen ein. Er führt dazu u. a. aus: Zum § 2 beantragt die Sozialdemokratie, daß auch die soziale Notlage berücksichtigt wird, wenn der Mieter wiederholt mit der Mietzahlung im Rückstande geblieben ist und das nicht als böswilliger Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen angesehen wird. Im § 4 beantragt die Sozialdemokratie die Wiederherstellung des Absatzes 4, damit nicht jeder, der ein Grundstück erwirbt, ohne weiteres die Gewerbetreibenden hinauswerfen kann. Im § 6 wünscht wir für den ersten Absatz eine andere Fassung, wonach die Zwangsvollstreckung abhängig sein soll von der Stellung eines angemessenen Ersatzraumes. Wir haben festgestellt, daß sehr häufig Mietern gekündigt und die Vollstreckung durchgeführt worden ist, ohne daß angemessene Ersatzräume zur Verfügung gestellt wurden. Zu § 29, Abs. 3 wollen wir eine Bestimmung angefügt wissen, wonach die Untervermietung eines Teiles der Mieträume allgemein zulässig sein soll. Der Hausbesitzer darf in solchem Falle nicht das Recht haben, gegen den Mieter vorzugehen. Im § 32, Abs. 4 muß bestimmt werden, daß zu den Körperlichkeiten öffentlichen Rechts auch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft gehört. Für den § 49a wünschen wir eine Fassung, die den Verkauf von Wohnungen unmöglich macht. Die jetzt in dieser Beziehung herrschenden Zustände sind einfach unerträglich. (Sehr richtig!) Bei den Soz.) Weiter beantragten wir auch die Streichung des § 52. Gerade dieser Paragraph bewirkt am besten, wie unerträglich bisher am Mieterschutz herumgedoktert worden ist. Er gibt den Ländern die Möglichkeit zur Lockerung der Mieterschutz-Gesetzgebung. Die Aufrechterhaltung dieses Paragraphen wurde im Ausschuss damit begründet, daß die Verhältnisse im Reich verschieden seien und daß daher den Ländern die Möglichkeit zur Lockerung des Mieterschutzes gegeben werden müsse. Es ist dabei besonders auf Württemberg hingewiesen worden, wo es angeblich keine Wohnungsnot mehr gebe. — Der Redner zeigte an einigen Beispielen, daß tatsächlich gerade in Württemberg noch unerträglichste Zustände im Wohnungswesen herrschen, daß dort Mieter in Unterkellern hausen, die geradezu als Brutstätten der Tuberkulose bezeichnet werden müssen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der Rest der Regierungsparteien ist im Ausschuss und auch jetzt bei den Verhandlungen immer wieder darauf ausgegangen, die Sozialdemokratie zu Gunsten der Vermieter und zu Ungunsten der Mieter zurückzuführen. Im Jahre 1928 konnten zur Württemberg für den Bau von Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Bisher ist auch nichts darüber hinaus zur Herabsetzung des Wohnungsbaues geschehen, es wurde lediglich zur Prüfung der Verhältnisse ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. Gegenüber dem kommunalistischen Abgeordneten Fabian, der die Sozialdemokratischen Forderungen für die Wohnungsbauangelegenheiten angegriffen hat, weil sie angeblich für den Wohnungsbau

Die Sorgen Niederschlesiens.

Ein parlamentarischer Abend beim Genossen Löbe.

Berlin, 9. Februar. Im Hause des Reichstagspräsidenten Löbe, der selbst Niederschlesier ist, veranstaltete der Landeshauptmann von Niederschlesien, v. Thaeer, am gestrigen Mittwoch einen parlamentarischen Abend, um einen Überblick zu geben über die besonders schwierigen Verhältnisse dieses Landes auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet, wie sie bargelegt sind in dem niederschlesischen Wirtschaftsprogramm, das kürzlich veröffentlicht und von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Kommunen Niederschlesiens aufgestellt ist. Landeshauptmann v. Thaeer begrüßte zusammen mit dem Reichstagspräsidenten Löbe die zahlreichen Gäste, u. a. die Reichsminister Hertig, Kündel und Curtius, als Vertreter des Reichsernährungsministeriums Staatssekretär Hoffmann, Vertreter der preussischen Staatsregierung, zahlreiche Mitglieder des Reichstages, des Landtages, des Reichswirtschaftsrates, des Grenzrates und Vertreter der übrigen Ostmarken, Ostpreußen, Grenzmark Posen, Westpreußen und Oberschlesien. Landestammesrat Werner entwickelte die Grundzüge des Wirtschaftsprogramms. Er legte die Wirtschaftsverhältnisse im einzelnen dar und begründete die Forderungen, die Niederschlesien zu ihrer Abhilfe stellen muß. Er schilderte die Lage, die für Schlesien durch die Postrennung weiter Gebiete aus dem früheren Wirtschafts- und kulturpolitischen Block geschaffen wurde, und wies darauf hin, daß der Handelskrieg mit Polen die niederschlesischen Wirtschaftskreise besonders schwer treffe.

Als Vertreter der amtlichen und privaten Wirtschaftsorganisationen sprach Handelskammer-Präsident Grund-Breslau, der die besonders schwierigen Verkehrsverhältnisse in Schlesien darlegte und die Notwendigkeit einer umfassenden Verbesserung nachwies. Er forderte, daß auch die Reichsbahn der schlesischen Wirtschaft besonders entgegenkommen müsse. Die Note der schlesischen Landschaft schilderte Graf Keyserling-Kammerau, Mitglied des preussischen Staatsrates. Er wies namentlich auf das Meliorationsprogramm hin, das in dem Wirtschaftsprogramm enthalten ist. Er belegte im einzelnen die Wichtigkeit dieses Programms und unterstrich die Bedeutung einer nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten betriebenen Siedlung, die ebenso notwendig sei wie die Besserung der allgemeinen Existenzbedingungen der Landwirtschaft. Die Interessen des niederschlesischen Handwerks vertrat der Syndikus der Breslauer Handwerkskammer, Dr. Paesche, in wirkungsvoller Form, während Gewerkschaftssekretär Wiersich im Namen der Arbeitnehmer-Organisationen die allgemeinen und die kulturellen Verhältnisse Niederschlesiens behandelte und betonte, daß im allgemeinen auch die Gewerkschaften sich hinter das niederschlesische Programm stellen.

Kollege Wiersich vom Bezirksauschuß des ADGB. führte u. a. aus:

Die Landesverwaltung Schlesien hat die Wünsche zum Vortrag gebracht, die nach Auffassung der Behörden wie auch der Spitzenverbände der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchzuführen notwendig sind.

Was zunächst das Verkehrsprogramm anbelangt, so zeigt Ihnen ein Blick auf die Karte, die auf der ersten Seite des Programms vorzufinden ist, wie ungünstig beispielsweise Schlesien in den drei wichtigsten Industriezentren Deutschlands liegt. Im Osten begrenzt von Polen, im Süden und Westen von der Tschechoslowakei, ist es nur ein schmaler Streifen, wo das deutsche Wirtschafts- und Kulturleben pulsiert. Das Bestreben der schlesischen Wirtschaft muß daher dahingehen, seine Produkte nach dem Innern des Reiches und durch das Reich nach dem Ausland zu bringen. Soll das geschehen und sollen die reichen Erd- und Bodenschätze Schlesiens zu diesem Zweck ausgenutzt werden, sind unbedingt bessere Verkehrsverhältnisse geboten.

In einem weiteren Teil des Programms sind Vorschläge zur Untersuchung und Behebung der niederschlesischen Notstände gemacht. Hier, meine Damen und Herren, ist in bester Weise dargestellt, mit welchen Notständen Schlesien zu kämpfen hat. Wenn es uns auch mit Stolz erfüllt, die große Gebirgskette im Osten auf schlesischem Gebiet zu wissen, so trägt dieses Gebirge aber dazu bei, daß fast alljährlich riesige Flächen angebauten Landes unter Hochwasser gesetzt werden, was ungeheuren Schaden verursacht. Hierbei hätte ich eine Bitte auszusprechen, die dahin geht, daß, wenn Reich und Staat Mittel zur Verfügung stellen, auch die Mittel, die die Gemeinden, die Kreise und die Provinz aufbringen, zentralisiert werden, um eventuell von zentraler Stelle aus auch die Flutregulierung usw. zu leiten.

Einige Jahrhunderte wird an diesen Flußläufen herumgearbeitet, ohne daß der Erfolg auch nur im entferntesten in Erscheinung gebracht werden kann mit den gewaltigen Mitteln, die hier vorausgesetzt aufgebracht werden. Allerdings immer erst aufgebracht werden, wenn die Not am höchsten ist. Sobald die Not einigermaßen überwunden, hören die Arbeiten, die so dringend notwendig sind, wegen Mangel an Mitteln gewöhnlich auf.

In den Programmforderungen wird ein umfassendes Siedlungsprogramm zum Vortrag gebracht. Die Einkommensverhältnisse zwischen dem Stadt- und Landkreis Breslau haben bitternart die überaus traurigen Verhältnisse der Großstadt Breslau beleuchtet. Aber nicht nur in Breslau, sondern auch in anderen Gebieten, beispielsweise in Wabernburg, ist die Wohnungsdichte erschreckend groß. Das Programm soll wirtschafts- und kulturfördernd wirken. Es wird hier darauf hingewiesen, welchen Anteil Schlesien an der Wirtschaft Deutschlands überhaupt besitzt und festgestellt, daß Schlesien eine überaus wertvolle Provinz Deutschlands darstellt. In seinen Boden- und Naturschätzen ungeheuer viel dem übrigen Reich zu geben in der Lage wäre, während wir andererseits feststellen müssen, daß die Einkommensverhältnisse in Schlesien weit unter dem Durchschnitt des Reiches liegen.

Die Hilfe soll aber nicht nur in dem bisher Angeführten bestehen, sondern, wenn wirtschaftsfördernd gewirkt werden soll, muß in Forderung und Bildung mehr geschehen. Schlesien's Fortschritt und Kulturinstitute reichen wohl aus, einer keinen Oberbegriff Wissen und Bildung zu geben. Das ist aber in der heutigen Zeit nicht ausreichend, sondern der Beruf ist das Wichtigste im Leben, und beruflich tüchtige Kräfte auszubilden, ist eine zwingende Notwendigkeit. Auf der Tagung der niederschlesischen Gewerbe- und Handelskammer ist festgestellt worden, daß auf dem Gebiete der Berufsschulen Schlesien an letzter Stelle, also noch hinter Pommern, rangiert. Der Zustand ist unhaltbar.

In dem Kulturprogramm sind insbesondere dem Landesorchester und den Theaterverhältnissen in Breslau einige Worte gewidmet. Das Landesorchester steht vor dem wirtschaftlichen Bankrott. Monatlang müssen die in dem Institut tätigen Künstler auf ihre Wagen warten. Ohne die Hilfe von Staat und Reich wird es nicht möglich sein, hier zu helfen. Nehulich liegt es bei den Theatern. Die Stadt Breslau bemüht sich, einmal durch die Messe den Verkehr zu heben, zweitens Erleichterungen zu schaffen, um Kongresse und Tagungen der einzelnen Wirtschaftsorganisationen nach Breslau zu ziehen und dadurch den Fremdenverkehr zu heben. Der kulturliebende Fremde, der in einer Großstadt das Bestreben hat, ein Theater aufzusuchen findet eine gute Kunst, er wendet sich aber gegen die unzulänglichen Theaterverhältnisse, die er vorfindet. Die Einnahmen der Theater liegen unter diesen ungünstigen Umständen und mancher Zuschuß könnte meiner Auffassung nach gespart werden, wenn die innere und äußere Ausstattung besser beschaffen wäre. Die Stadt Breslau ist bereit, die Theater, die sich heute noch im Privatbesitz befinden, zu erwerben. Der Erwerb sowie Umbau erfordert aber Mittel und nur dann, wenn es möglich ist, durch Reich und Staat besonders für den Umbau der Theater einen Zuschuß zu erhalten, kann die Stadt die im Interesse der Kultur gebotenen Aufgaben lösen. Ich möchte daher die Vertreter der Reichs- und Staatsregierung sowie die Abgeordneten beider Häuser dringend bitten, uns bei der Durchführung unseres Wirtschafts- und Kulturprogramms zu unterstützen. Helfen Sie Schlesien, dann helfen Sie damit der deutschen Wirtschaft und der deutschen Kultur!

Zum Schluß sprach der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner, der auf die schwierige Lage der Gemeinden einging und die dringende Notwendigkeit einer wirksamen Hilfe von Staat und Reich unterstrich. Eine besondere Fürsorge verlange auch die Erhaltung der kulturellen Institute Niederschlesiens, die eine Vorpfeilerstellung für die deutsche Kultur haben. Namens des Reiches dankte Vizekanzler Dr. Hertig für die Einladung, die Gelegenheit gegeben habe, die Note und Wünsche der bedrängten Provinz besonders deutlich zu zeigen. Der Minister versicherte, daß er als schlesischer Abgeordneter wie als Minister die Note Schlesiens genau kenne und auch für die Notwendigkeit tatkräftiger Hilfe volles Verständnis habe. Schließlich führte noch ein mit wohlgeungen Bildern ausgestatteter Scherenschnitt die Schönheiten der schlesischen Landschaft wie auch die schwierigen Erscheinungen auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet dieser Grenzmark eindrucksvoll vor Augen, und bildete so eine wertvolle Ergänzung des Gehörten.

Die Zustände bei der Reichswehr.

Beratung des Reichswehretats im Haushaltsauschuß des Reichstages.

Berlin, 9. Februar. (Eig. Bericht.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages begann am Donnerstag mit der Beratung des Reichswehretats. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hünlich, der in Vertretung des erkrankten sozialdemokratischen Abgeordneten Stücklen die Berichterstattung übernommen hat, wies zunächst darauf hin, daß die sozialdemokratische Kritik an dem Etat wegen dessen Undurchsichtigkeit voll berechtigt sei. Das gehe schon daraus hervor, daß nach den neuesten Angaben des Reichsfinanzministeriums die sogenannten „Rekte“ allein in der Heeresabteilung am 1. April 1927 nicht weniger als 60 Millionen betragen haben und jetzt noch immer fast 40 Millionen erreichen sollen. Hünlich tabelte weiter, daß trotz der Motorisierung der Reichswehr das Heer noch immer über einen Bestand von 40.200 Pferden verfüge. Das sei ein enorm hoher Bestand. Auch die Art, wie die Heeresergänzungs geschäfte durchgeführt würden, sei nach wie vor unbefriedigend. Als eigentliche Werbestelle blieben wie bisher die Kompanien bzw. die Kompaniechefs bestehen. Vor allem sei eine Auskunft über die Zahl der Weidungen notwendig. Auch eine Herkunftstatistik der Weidungen, aus der zu ersehen sei, aus welchen Bezirken und aus welchen Kreisen die neu eingestellten Soldaten kämen, müsse dem Reichstag vorgelegt werden.

Hünlich befaßte sich dann mit der Auswahl des Offiziersersatzes und stellte die Frage, wieviel Heeresangehörige mit Volksschulbildung im letzten Jahre und in den vorausgegangenen Jahren Offizier geworden seien. Nach den Bestimmungen sei das theoretisch möglich, aber auf die Frage, wie diese Bestimmungen in der Praxis gehandhabt worden sind, müsse der Reichswehretat Auskunft erteilen. Erfreulich wäre, daß die Selbstmorde im letzten Jahre etwas zurückgegangen seien. Immerhin seien noch 87 Selbstmorde und 48 Versuche zu verzeichnen gewesen. An der Spitze der Selbstmorde stehe

Berlin mit 88 an der Zahl. Was die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold anbelange, so scheint die Reichswehr diese Farben immer noch nicht zu kennen. Eine der letzten Taten von Dr. Gessler sei die Herausgabe des bekannten Flaggenerlasses gewesen. Aber dieser Erlass sei so weitläufig, daß er allen beteiligten Stellen leichte Möglichkeit gebe, sich hindurchzudrücken. Beim Wehrkreiskommando München sei bei einer Festlichkeit jüngst nur die Kriegsflagge und die banerische Flagge gehißt worden. Eine Entschuldigung habe ergeben, daß für das Hisen der Kriegsflagge kein Mast vorhanden gewesen sei und das Geld zur Aufstellung eines solchen gefehlt habe. Solange die Traditionspflege in der bisherigen Weise geübt werde, sei es ausgeschlossen, die Waffe der Reichswehr zu staatsreuer Gefinnung zu erziehen. Ganz besonders schämen sich in dieser Beziehung die Dinge in Heßen zu liegen. — Hünlich forderte schließlich noch klare Auskunft über die Kieler Waffenschiedungen und insbesondere darüber, ob irgendwelche Reichsstellen daran beteiligt seien.

Der Reichswehretat wird am Freitag das Wort nehmen.

Weitgehende Abstriche vom Reichswehretat beantragt. Die Sozialdemokratische Reichstagsaktion befaßte sich am Donnerstag mit dem Reichswehretat. Sie beschloß, ähnlich, wie im Vorjahre zu den einzelnen Positionen Anträge auf bestimmte Abstriche zu stellen. Diese Abstriche betragen bei der Reichswehr 50 Millionen Mark und bei der Marine 40 Millionen Mark.

Die hereingefallene Reichswehr

Freipressen des Öbauer Kollegen.

Die sozialdemokratische Öbauer Volkszeitung hatte ähnlich, wie andere sozialdemokratische Zeitungen, ein Inserat abgedruckt, in dem für ein Knabenerziehungsheim ein Erzieher gesucht wurde, „ehemaliger Feldwebel oder Schlichter bevorzugt“. An dieses Inserat hatte die Volkszeitung einige kritische Bemerkungen geknüpft. Das Reichswehretatministerium stellte daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung des Unteroffiziers der Reichswehr. Das Gericht sprach den verantwortlichen Redakteur der Volkszeitung jedoch frei, weil sich die Kritik nur auf Angehörige des alten Heeres und nicht der Reichswehr bezogen habe.

Auch Raditsch gescheitert.

Wien, 10. Februar. (Eig. Funkbericht.)

Der mit der Bildung der jugoslawischen Regierung beauftragte Abg. Stefan Raditsch hat am Donnerstagabend sein Mandat zurückgegeben. Der König wird nunmehr den Chef der Demokratischen Partei, Davidowitsch, mit der Kabinettsbildung beauftragen. Davidowitsch dürfte jedoch ebensowenig Aussicht auf Erfolg haben wie Raditsch.

Ein Rückzug der englischen Regierung.

Sie will unter bestimmten Bedingungen das Washingtoner Abkommen doch ratifizieren.

London, 9. Februar. Im Verlaufe der Unterhausdebatte über den Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zur Antwort auf die Thronrede erklärte der Wohlfahrtsminister Neville Chamberlain, die Regierung würde sich veranlassen lassen, die Washingtoner Konvention über die Arbeitszeit zu ratifizieren, wenn man ihr die Uebereignung verschaffen könnte, daß man sich im Ausland an die selben Bestimmungen halten werde, die die englischen Arbeitgeber zu beachten gezwungen wären.

Die englische Arbeiterpartei gegen die Regierung.

Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede.

London, 10. Februar. (Eig. Funkbericht.) Die englische Arbeiterpartei ließ am Donnerstag durch den Abg. Henderson den offiziellen Abänderungsantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede einbringen. In dem Antrag wird bedauert, daß die Thronrede keine besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwähnte und insbesondere auf die Zustände in der Bergwerkinindustrie nicht eingeht. Aber gerade hier sei die Arbeitslosigkeit noch nie so groß gewesen wie jetzt. Ein Fünftel aller englischen Arbeitslosen wäre im Bergbau tätig. Die Annahme des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit in der Bergindustrie habe 100.000 Bergleute zum Feiern gezwungen. Es sei deshalb Pflicht der Regierung, dieses Gesetz im Interesse des Landes sofort zurückzuziehen.

Neuer Friedenspakt geplant.

Verhandlungen über einen Schiedsgerichtsvertrag Amerikas mit Großbritannien und Japan.

Washington, 9. Februar. Wie verlautet, ist der ursprüngliche amerikanische Vertragentwurf, der Frankreich vorgelegt und zu dem französisch-amerikanischen Pakt führte, der britischen und der japanischen Regierung zusammen mit einem Begleitbriefe als Grundlage für Verhandlungen mit den beiden genannten Regierungen angesehen. Gleichzeitig wurden Abschriften des Vertragentwurfes auch anderen Regierungen übermittelt, die darum ersucht haben, aber lediglich zur Information.

Rosenkavalier

die neue milde

5000 Bigarrette

MIT GOLDMUNDSTÜCK

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Februar 1928.

Deutschland und Oesterreich.

Die Ausstellung sozialer Bildstatistik eröffnet.

Die vom Bildungsausschuss der Breslauer Arbeiter-Schaft nach Breslau geholt...

Freunde in der meiste vom Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum...

Der Bildungsausschuss hat sich zweifellos ein großes Verdienst erworben...

Alar den Blick!

Vor neuen Wahlen legt von rechts gewöhnlich eine besonders verlogene Hege gegen die heut demokratisch verwalteten Gemeinden ein.

Wegen des Achtstundentages sind also die Lohn- und Gehaltsaufwendungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte zu hoch...

Wertwürdig berührt nun, daß überall als letzte Ziffern die von 1925 gegeben und in Vergleich zu denen von 1913 gestellt werden.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung war kurz und inhaltslos. Dem Jubiläumsgeschenk von 10 Mark an die Straßenbahner wurde zugestimmt...

Dann wurde durch die Polizeiverordnung über das Teppichklopfen in der Stadtverordnetenversammlung einiger Staub aufgewirbelt.

Die Sitzung wird kurz nach 17 Uhr durch Stadtverordneten-Vorsteher Friedrich eröffnet.

seit 1924 den Brotpreis verdoppelt; der Bauzeitswucher brachte eine Verdoppelung der Ziegelpreise zuzuge; alles das ist unter Wucher und unfere Schuld!

Das blamable Ende des Reichspostprozesses.

Nach der juristischen Wendung, die der Prozeß durch den Antrag des Postministers erhielt, erwartete man nunmehr mit Spannung die Stellung des Gerichts zu dieser Sachlage...

Gleich zu Beginn der gestrigen Verhandlung stellte der Vertreter der Reichspost, Syndicus und Rechtsanwalt Halbe den Antrag auf Grund des Einschreitens des Reichspostministers...

Nach zweifelhafte Vertagung wird der Beschluß des Gerichts verkündet. Die Anträge des Verteidigers wurden abgelehnt...

Darmit hat nun auch dieser Reichspostprozeß, der an Umfang und wohl auch an Verdrähten dem Umfang des im vergangenen Jahre zu Ende geführten Morbiprozesses von Heydenbrand gleichsam, sein blamables Ende gefunden.

Der Antrag eine Fläche Gemeindegelände in Weidenhof in private Hände zu verkaufen, findet Widerspruch bei den Sozialdemokratischen Stadtv. Wolff (Soz.)...

Das rigoroze Vorgehen der Reichspost und besonders ihrer nützlichen Beamtenhaft kann nicht scharf genug gebremst werden...

Ein von der Rechts eingetragener Antrag, die Angelegenheit dem Ausschuss VIII zu überweisen, wird abgelehnt...

Der Antrag auf Gewährung einer Jubiläumsgabe an die Straßenbahner anlässlich des 25jährigen Bestehens der Straßenbahn findet Annahme.

Heiterkeit erregt es, als der Stadtv. Dr. Wagner (D. Sp.) eine Anfrage an den Magistrat über die neue Teppichklopfverordnung der Polizei eine Anfrage richtet und gerade er, der Mathematiker über das Teppichklopfen...

einiges hier zu sagen habe. Er sehe in dieser neuen Verordnung eine schwere Belästigung des Haushalts und auch eine Einschränkung der persönlichen Freiheit...

Der gegen 19 Uhr beendeten öffentlichen Sitzung folgt noch eine geheime Sitzung.

Der gegen 19 Uhr beendeten öffentlichen Sitzung folgt noch eine geheime Sitzung.

Unfall eines Sipo-Autos.

Gestern abend, zwischen 11 und 12 Uhr, ereignete sich am Nicolai-Platz ein Unfall eines Sipo-Lastwagens, der schwere Folgen haben konnte.

Das neue Wien.

Am Montag, den 13. Februar, beginnen die Filmvorträge „Das neue Wien“ im großen Saal des Gewerkschaftshauses...

Die Vorträge finden wie folgt statt: Montag, abends 8 Uhr und 8 Uhr. Dienstag, den 14. Februar, abends 6 Uhr und 8 Uhr.

Die Mitglieder der freigewerkschaftlichen Verbände erhalten Karten zum ermäßigten Preise bei ihren Verbänden.

„Volkswacht“-Buchhandlung, Neue Grassenstraße 7, „Volkswacht“-Buchhandlung, Neue Leichenstraße 11, Zentral-Arbeiter-Bibliothek, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.

Zur Kenntnis!

Man lasse sich nicht dadurch beirren, daß auf den ausgegebenen Eintrittskarten als Vorführungszeiten angegeben sind 7 Uhr und 8 Uhr.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Errichtet weltliche Schulen!

Eine Elternversammlung in Deutsch Wissa.

Am 1. Februar fand in dem Saale des Gasthauses Folger („Gelber Löwe“), Deutsch Wissa eine Elternversammlung statt. Es galt der weltlichen Schule. Der Redner des Abends, Genosse Paul Haber-Breslau sprach über das Thema: „Elternschaft und die weltliche Schule“. Er setzte sich mit dem berüchtigsten Keimbüch Schulgesetz auseinander und machte der Versammlung klar, welche Gefahren der weltlichen Schule von diesem Gesetz entgehen. Seine von Sachlichkeit und eigenen Erfahrungen getragenen Ausführungen untermauert, festelten die Zuhörer und trugen ihm reichlichen Beifall ein. Der Redner betonte es lebhaft, daß Deutsch Wissa mit seiner überwiegend arbeitenden Bevölkerung in diesem Punkte so rückständig sei. Die Ursache liegt in den Erziehungsberchtigten selbst. Er hofft, daß nach diesem aufklärenden Vortrag bald ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Die Elternschaft müßte den Mut aufbringen, sich für diese wichtige Sache nun mit aller Macht einzusetzen. Die folgende Diskussion klärte die besondere Lage in Deutsch Wissa auf. Keine gegnerische Meinung meldete sich. Auch der in letzter Minute erscheinende Ortsgeistliche konnte an den Ausführungen anscheinend keine Kritik üben. Freilich von jeglichem phrasenhaftem Pathos und Leidenschaftliches war die Debatte. Von der bevorstehenden Eingemeindung erhofft man, gestützt durch die fortschrittlich gestimmte Breslauer Gefolgschaft der weltlichen Schule, Unterstützung auf diesem Gebiete, jedoch wenn der Antrag der Erziehungsberchtigten durch genügend zahlreiche Anmeldungen unterstützt wird, man bald zur Errichtung einer weltlichen Schule schreiten könne.

Schwoitich. Gemeindevertreteritzung vom 7. Februar. Die Sitzung war auch von Zuhörern stark besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Pflasterung des Bahnhofsweges, Dringlichkeitsfrage der rechten Vertreter, entspann sich eine längere Debatte. Der Ausbau des Bahnhofsweges, Arbeiten und Baukosten, beantragt ein Darlehen insgesamt von 15.000 Mark, dem in Form eines Dringlichkeitsantrages nach längerer Debatte einstimmig zugestimmt wurde. Hierbei machte der Schöffe Herr Rudek darauf aufmerksam, daß die Gemeinde Schwoitich nur noch auf dem Papier steht, eigentlich schon zu Breslau gehört, was mit lebhaftem Bravo aufgenommen wurde. Der frühere Gemeindevorsteher Gromann verwies auf die Worte des Stadtverordneten Genossen Mahe, die Arbeiter würden sich bei denen zu bedanken haben, die sich so sehr gegen die Eingemeindung gewehrt haben (Heiterkeit und Bravo links). Genosse Wiesner wandte sich hierauf gegen das bisherige Verhalten des Schöffen Rudek und fragte an, wie weit die Eingemeindung des Ortes vor sich gehen wird. Rudek gab bekannt, daß der Ort Schwoitich bis Drahenbrunn sowie der Gutsbezirk mit Siedlung eingemeindet werden wird. Genosse Wiesner beantragte alsdann dringlich, daß sämtliche öffentliche Wege auszubessern und mit Schläde zu besetzen sind und bei Zingermann, Glosse und Jädel je eine Lampe anzubringen sind, was einstimmig angenommen wurde. Zur Deckung der Kosten wird ein weiteres Darlehen von 2000 Mark aufgenommen. Der Gutsbezirk wird veranlaßt, das Gelände am Schwarzwasser in der Zappegasse anzubringen wie es früher war. das Drahenbrunn im Schwarzwasser zu entfernen und auf die alte Grenze zu setzen, da es hinderlich beim Pferdeschwemmen ist und unrechtmäßig aufgestellt wurde. Die Regelung der Wasserhältnisse im Viertel Mischhaus wird der Ortspolitik übergeben. Zwischen dem Brunnen und dem Schwarzwasser besteht eine unterirdische Verbindung, wo der Brunnen von letzterem Zufluß hatte, jetzt aber gänzlich verschlamm ist. Die Mieter bekommen dabei aus dem Brunnen

Generalversammlung

des Unterbezirks Breslau-Land (Neumarkt).

Sonntag, den 12. Februar, vormittags 9 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau unsere Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes und anderer Körperchaften.
3. Befähigung der Ortsgruppenführer.
4. Referat des Genossen Feldmann, M. d. R., Langenbielau.

Etwasige Anträge müssen bis spätestens zum 6. Februar in unseren Händen sein. Ortsgruppenführer und Delegierte erhalten Mandate zugesandt. Gäste können teilnehmen. Das Mitgliedsbuch muß an der Tür vorgezeigt werden. Der Unterbezirksvorstand.

kein Trinkwasser, so daß sie gezwungen sind, sich das notwendige Wasser anderweitig zu beschaffen. Diese Angelegenheit wird dem Mietsamt übergeben. Schließlich stellte Genosse Wiesner den Antrag, daß bei den Arbeiten Straßenbau Erwerbslose des Ortes zum Tariflohn einzustellen sind.

Neumarkt. Wieder ein Unglück. Am Donnerstagabend gegen 6 Uhr überfuhr das Geschäftsauto des Fleischermeisters Kerber von hier den 12jährigen Knaben des Rutschers Weigelt. Wen bei diesem Unglück die Schuld trifft, muß erst Feststellung finden.

Neumarkt. Das 70jährige Jubiläum begeht am morgigen Sonnabend die Ortsgruppe Neumarkt des Deutschen Lederarbeiterverbandes. Die Feier, die in geschlossenem Rahmen gedacht ist, findet im Saale zum „Gelben Löwen“ statt. Gleichzeitig wird die Ehrung nächstehender Kollegen erfolgen: Julius Schutte (37 Jahre), Josef Schreiber (34 Jahre), Hermann Bogt (31 Jahre), Karl Linke (30 Jahre), Paul Jäsche (28 Jahre), Paul Bettinger (27 Jahre), Josef Wunsch (31 Jahre), August Blümel (27 Jahre), Rudolf Grellert (25 Jahre). Organisation wie Jubilaren seien die aufrichtigsten Wünsche aller dem Ortsausfluß angeschlossenen Gewerkschaften dargebracht. — Zur Feier dürften auch viele Kollegen von auswärts erscheinen, um so mehr, da am Sonntag hier der Gautag der Lederarbeiter stattfindet.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungsplan.

Klein-Maschwitz. Lichtbildervortrag. Heut Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal „Zur Hummel“ ein hochinteressanter Lichtbildervortrag statt. Guter Besuch, auch aus der Umgegend, wird erwartet.

Maschwitz. SPD. Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 Uhr, findet bei Prätk eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen. Redner ist Genosse Hannaf.

Gnischwitz. Sonnabend, den 11. Februar, veranstaltet die Arbeiterjugend im Parkettsaal des Herrn Paul Bähold einen „Bunten Abend“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Neumarkt. Achtung, Parteimitglieder! Sonntag, den 12. Februar, abends 8.15 Uhr, im Gasthof „Zum Gelben Löwen“: Wichtige Mitgliederversammlung. Vortrag. — Jahresbericht: a) der Stadtverordnetenfraktion, b) von der Generalversammlung des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich. Besondere schriftliche Einladungen gehen diesmal nicht zu.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Kreis Breslau-Land.

In der vergangenen Woche fanden Mitgliederversammlungen in Herrnproßsch und Hundsfeld statt; in ihnen hielt Kamerad Rostkowski vom Gau einen Vortrag über „Italien, Fascismus und Reichsbanner“, wobei er auserhand Interessantes aus seiner eigenen Reiseerfahrung darbot.

Sonnabend, den 11. Februar:

Ortsverein Herr Proßsch. Achtung! Die für Sonnabend, den 11. Februar, festgesetzte Generalversammlung muß aus bestimmten Gründen ausfallen und findet dafür Montag, den 13. Februar, 19.30 Uhr, bei Schuler statt. Es wird den Kameraden zur Pflicht gemacht, an derselben teilzunehmen. Entschuldigungsanträge sind abzugeben. Die Vorstandsmitglieder müssen eine Stunde früher erscheinen.

Ortsverein Herr Proßsch. Gasthof Scholz, Rothfäden, 20 Uhr Monatsversammlung.

Ortsverein Herr Proßsch und Umgegend. Versammlung fällt aus.

Sonntag, den 12. Februar:

Kreisversammlung fällt aus.

Ortsverein Herr Proßsch-Klein-Maschwitz. In Conrads Hellsälen, Kleinsdorf, Republikanischer Abend. Beiträge von Kameraden Herrn Himmelfahrt. Der Tag der Hunderttausend. Beiträge von Kameraden Junges, Theater, Volkstänze und Gesänge der Arbeiterjugend. Lang. Anfang 19 Uhr. Die Ortsgruppen werden ersucht, sich zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Gäste willkommen.

Mittwoch, den 15. Februar:

Ortsverein Dömitz. Volkshalle, 19.30 Uhr, Jahres-Hauptversammlung. Vortrag des Gaujubilars Kamerad Sietler.

Freitag, den 17. Februar:

Ortsverein Dömitz. Mendes Ballhaus, Dömitz, 19.30 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Dömitz. Gasthaus Kahl, Dömitz, 19.30 Uhr, Monatsversammlung.

Sonnabend, den 18. Februar:

Ortsverein Dömitz. Versammlung fällt aus.

Ortsverein Dömitz. Gasthaus Kahl, Dömitz, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Herr Proßsch. Gasthaus Maslow, Herrnproßsch, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Ortsverein Carlomühl-Geotwitz. Gasthaus Krause, Carlomühl, Schupfisch, 18.30 Uhr, Monatsversammlung.

Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, die Versammlungen seines Ortsvereins zu besuchen.



Handball-Vorläufe für Sonntag.

Der zweite Sonntag der Serie bringt uns wieder interessante Treffen in allen Klassen. In der A-Klasse steigt um 10.40 Uhr in Dömitz das Spiel 5. Abteilung I — Poseidon I. Poseidon, die das vorige Spiel mit 9 Mann leicht gewonnen, werden auch diesmal sicherer Sieger sein. In Gandaub treffen sich zwei alte Rivalen, Gandaub I — 6. Abteilung I. Das erste Spiel konnte Gandaub mit viel Glück 14:1 für sich buchen. Ob es dasselbe werden wird? Bei der Sportvereinigung 1925 weißt nachdem zu Gaste. Beide Mannschaften lieferten sich immer schön Spiele, bei denen die Sportvereinigung immer den Kürzeren zog. In der B-Klasse sind die Haupttreffen Nordost I gegen 1897/02 und 7. Abteilung II gegen 5. Abteilung II. Die 1. Abteilung I, die Wratistawia zu Gaste hat, wird leicht und sicher Sieger bleiben. Neutrich wird die 8. Abteilung glatt abfertigen. Die C-Klasse, die geteilt wurde, und bei der die Punkte von neuem zählen, darf man gespannt sein, welche Mannschaft sich jetzt durchsetzen wird. In der A-Jugend wird die 5. Abteilung, die gegen Poseidon spielt, sich nicht von der Spitze verdrängen lassen. Die 7. Abteilung, die das vorige Spiel gegen 2. Abteilung gewann, wird eine Niederlage hinnehmen müssen, da die 7. Abteilung dauernd mit Erfolg antreten muß. Gandaub gegen 6. Abteilung und 4. Abteilung gegen Poseidon sind offene Spiele. Bei der B-Jugend und Sportlerinnen werden die Sportvereine weiter verzeugen, ihre Stellung zu befestigen. Bitte die Mannschaftensführer die Schiedsrichter aufmerksam zu machen über einen kleinen Bericht auf dem Formulare, da sonst kein Bericht in der Zeitung. M. S.

BULGARIA

die beste 5M-Zigarette!

KRONEN

England über die Rheinlanddrängung.

Keine sofortige Zurückziehung der englischen Truppen. — Über allgemeine Räumung würde begrüßt werden.

London, 10. Februar. (Eigener Funterbericht). Im Unterhaus antwortete der Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt auf die Frage, ob die englische Regierung mit Rücksicht auf die Locarno-Verträge eine baldige Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland erwägen würde, u. a.: „Von einer sofortigen Zurückziehung der britischen Truppen ist die Rede nicht. Eine allgemeine Räumung des Rheinlandes vor dem im Vertrag von Versailles niedergelegten Termin ist andererseits nur möglich nach einer gegenseitigen Verständigung zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Regierung. Falls ein derartiges Abkommen möglich ist, würde die britische Regierung das sehr begrüßen.“

Paul Boncour über die Notwendigkeit einer allgemeinen internationalen Kontrolle.

Paris, 9. Februar. (Eigener Funterbericht). Der Abgeordnete Paul Boncour hielt am Mittwochabend in Gueret eine Rede, in der er das Rheinlandproblem streifte und seine bisher vertretenen Gedankengänge über eine internationale Kontrolle der Grenzregionen, wenn auch auf Gegenseitigkeit, aufrecht erhielt.

Bei den kommenden Wahlen, so führte Boncour aus, müßten die Wähler nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern kundgeben, was sie vom Völkerbund erwarten. Die Reaktion sei überall am Werke, und versuche die alten diplomatischen Ränke mit ihren Geheimverträgen wieder einzuführen. Sie lehne die Schiedsgerichtsbarkeit ab oder wolle sie zum mindesten beschränken, um sich die Möglichkeit einer Kriegführung offen zu halten. Sie wolle auch keine internationale Kontrolle zulassen, ohne die jeder allgemeine Abrüstungsvertrag zwischen den Nationen eine Täuschung bleiben müsse. Gegen diese finsternen Bestrebungen werde sich das Programm des internationalen Sozialismus, der die allgemeine und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ohne Ausnahme und Reserve fordere sowie die Unterdrückung der angegriffenen Nation, so daß die Staaten im Vertrauen auf die Kräfte aller, ihre eigenen Armeen auf das Minimum herabsenken können.

Paul Boncour betonte dann nochmals, daß ohne internationale Kontrolle ein dauernder Friede unmöglich sei. In dieser Hinsicht erhebe sich der beständige Widerstand wegen der angeblichen Beschränkung der nationalen Souveränität, aber ohne solche Beschränkung könne es keinen wirksamen Völkerbund geben. Die sozialistischen Parteien könnten in allen Ländern zu dieser Frage offene Stellung nehmen, da nur mit Hilfe des Sozialismus ein wahrer Friede voll verwirklicht werden könnte.

Poincarés Finanzpolitik gebilligt.

Die Vertrauensstimmungsordnung angenommen.

Paris, 10. Februar. (Eigener Funterbericht). Die Kammer beendete am Donnerstag die mehr als achtstündige Finanzdebatte. Insgesamt standen fünf Anträge zur Debatte, die sich für bzw. gegen die Finanzpolitik der Regierung aussprachen. Die von den Sozialisten eingebrachte und gegen die Finanzpolitik der Regierung gerichtete Tagesordnung wurde mit 276 gegen 120 Stimmen abgelehnt. Der von den Regierungsparteien eingebrachte und mit 370 gegen 131 Stimmen angenommene Antrag hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer ist von der Notwendigkeit überzeugt, inoffiziell eine Politik der Währungsstabilisierung und der finanziellen Wiederaufrichtung zu verfolgen. Sie ist der Meinung, daß die überragende Verpflichtung, das Budget-Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und allmählich die öffentliche Schuld zu tilgen weder mit der Möglichkeit einer Vorbereitung von Steuerermäßigungen durch Erparnisse oder Restrukturierung, noch mit der Durchführung von Steuerreformen unvereinbar ist, die dazu bestimmt sind, eine gerechtere Verteilung der Steuern sicherzustellen, die am wenigsten begüterten Steuerpflichtigen zu entlasten und die Steuern, die auf der Arbeit ruhen, zu verringern. Sie hat Vertrauen zur Regierung, daß sie das begonnene Werk fortsetzt und es im Geiste der Gerechtigkeit verbessert und geht ohne jeden Zusatz zur Tagesordnung über.“

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Warschau, 3. Februar. Die Verordnung über die polnischen Grenzregionen soll dem „Jura Juris Codex“ zufolge, demnach durch Streichung der „weniger liberalen Punkte“ in einer Reihe von Bestimmungen der Verträge ab-

geändert werden. Der Entwurf der Veränderung ist dem polnischen Staatspräsidenten bereits vorgelegt.

Keine längere Unterbrechung.

Berlin, 8. Februar. Die Blätter sprechen von einer längeren Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Davon ist, wie mitgeteilt wird, nicht die Rede. Die Kommission über Zollformalitäten, welche in Warschau tagt, hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Die Kommission über die Polenfrage wird am 11. Februar ihre Verhandlungen wieder aufnehmen. Die Kommission für Veterinärfragen, welche, wie die vorige, in Berlin abgehalten wird, konnte in den letzten Tagen keine Sitzungen halten, da der polnische Delegierte nach Genf zu einer Sitzung fahren mußte. Auch diese Kommission wird ihre Arbeiten alsbald wieder aufnehmen. Die Valorisierungsfrage dürfte erst nach den polnischen Wahlen geregelt werden.

Die Liquidationschadentomdie.

Immer noch keine Einigung unter den Regierungsparteien.

Berlin, 10. Februar. (Eigener Funterbericht). Die am Donnerstag unter den Regierungsparteien geführten Verhandlungen über das Liquidationschadentomdiegesetz haben ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung lehnt nach wie vor alle Abänderungsvorschläge ab, während die Geschäftsbüro und ein Teil der Regierungsparteien an ihrer Forderung auf Erhöhung der unteren Sätze und Beseitigung der oberen Grenze festhalten.

Kandidatenprüfung in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Moskau, 7. Februar. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat der Organisationsabteilung den Auftrag gegeben, gemeinsam mit der Zentralkontrollkommission der Partei einen Plan auszuarbeiten, nach welchem die sogenannten „Kandidaten“, d. h. zur Aufnahme in die Partei vorgemerkt Personen, hinsichtlich ihrer politischen Einstellung, Kenntnisse, bisherigen Leistungen usw. geprüft werden sollen. Die Abteilung für Agitation und Propaganda ist beauftragt worden, einen Plan für die politische Einschulung der zur Aufnahme in die Partei würdig befundenen Kandidaten auszuarbeiten und vorzulegen.

Aus Schlesien.

Abreden von den „Christlichen Stillebungen“.

Eine Entschließung des Göttinger Evangelischen Bundes. Unser Göttinger Bruderblatt hat die von uns als „Christliche Stillebungen“ bezeichneten und hier wiedergegebenen Gemeindefestungen, die dem Lehrer Hampel in Penzig zugeschickt worden waren, unter der Epithete „Proben christlicher Moral und Gesittung“ gebracht. Hiergegen verwahrt sich nun der Evangelische Bund Götting — nicht etwa Penzig — in einer Entschließung, in der zugleich von diesen Stillebungen abgerückt wird. Wörtlich heißt es dann in dieser Entschließung:

„Sollten diese Zuschriften wirklich von Gliedern einer christlichen Kirche stammen, so fühlen wir uns so nachdrücklich verpflichtet, unseren Abkömmlingen vor der in diesen Zuschriften sich offenbarenden Gemeinheit zu erklären, die eine vollständige Verleugung christlicher Gesinnung darstellt.“

Das ist ganz nett, wenn auch eigentlich sehr selbstverständlich. Immerhin dürfte wohl gestattet sein, festzuhalten, daß die Schmutzbriefe schwerlich von dissidenten Sozialisten stammen dürften, sondern von Personen, die allen Strafen den Anspruch erheben, gut christlich gesinnt zu sein.

Die freitragbaren Reinalzer.

Eine vom Landbund in Reinalz, a. d. O. abgehaltene Kassenversammlung forderte nach Kenntnisnahme der bekannten Landbundsbedingungen von der Regierung Antwort bis zum 20. Februar. Sollte die Regierung nicht darauf eingehen, so würden die Bauern nach dem Beschluß der anwesenden Landwirte aus Grünberg, Sagan, Jerschütz und Glogau den Reich auf Berlin ansteuern. Nach dieser fürchterlichen Drohung darf man für die nächsten Tage wohl mit einer Massenflucht der Berliner aus ihrer Hauptstadt rechnen. „Hannibal ante portas.“

Zur Vernachlässigung des Ostens.

Die Stadt Karlsruhe vertritt einen Werbeprospekt, der eine Karte enthält, auf der die internationalen Eisen-

bahn-Knotenpunkte verzeichnet sind. Merkwürdigerweise fällt aber auf dieser Karte Ostdeutschland so gut wie aus, nur Stettin und Dresden sind noch aufgenommen. Den Südbahnen des Reiches, die beiden Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien, wie auch Ostpreußen, scheint man nicht zu kennen. Im Gegenteil, die Eisenbahnlinien mit den klein aufgedruckten Abzweigungen müßten bei jedem Ausländer den Eindruck erwecken, als ob die schlesische Hauptstadt Breslau bereits in Polen läge. Die Industrie- und Handelskammer Breslau hat sich daher an den Verkehrsverein der Stadt Karlsruhe mit der dringenden Bitte gemacht, daß bei einer künftigen Auflage dieser Prospekte auch der deutsche Osten die ihm zukommende Berücksichtigung erfährt.

Haben wir keine anderen Sorgen?

Die Provinz Oberschlesien hat das Gut Nieder-Elguth angekauft. Auf dem zum Gutsbezirk gehörigen Steinberg ist beabsichtigt, ein Denkmal für den ober-schlesischen Selbstmord zu errichten.

Stein a. O. Der Lebensretter tot. Bei dem Verjuche, seinem im Eise eingebrochenen Kameraden Radolke Hilfe zu leisten, kam der achtjährige Schüler Meyer unter die Eisdecke und konnte nur als Leiche geborgen werden. Der kleine K. wurde jedoch noch lebend herausgezogen.

Kaltenbrunn, Kr. Schweidnitz. Kückisch'scher Motorradfahrer. Das sechsjährige Söhnchen des Schuhmachermeisters Kückisch wurde von einem Motorradfahrer überfahren und erlitt erhebliche Verletzungen im Gesicht und am ganzen Körper. Anstatt sich des Kindes anzunehmen, fuhr der Motorradfahrer im schnellsten Tempo davon und entkam unerkannt.

Waldenburg. Immer wieder Versicherungs-schwindel. Nicht oft genug kann vor unbekanntem Versicherungsagenten gewarnt werden, die den Leuten alles Schöne und Gute vorreden und es lediglich auf die Versicherungsprämie abgesehen haben. Meist stellt sich nachher heraus, daß in den Versicherungsbedingungen etwas ganz anderes steht, als der Agent erzählt hat, aber dann ist es zu spät, denn die Unterschrift ist rechtsverbindlich. Wegen solcher Fälle hatte sich auch vor dem Waldenburger Schöffengericht der Versicherungsagent Josef Kückisch von hier zu verantworten. Vor allem hatte er eine Breslauer Firma betrogen, deren Versicherungsgeheimnisse er vertrat. Er gab die Bestellungen auf die Zeitschriften ein, erhielt auch die entsprechende Provision, und jetzt stellte sich heraus, daß die Bestellungen zum größten Teil gefälscht waren. K. wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Waldenburg. Mächtiger Überfall auf einen Schutzpolizeibeamten. Als hier ein Schutzpolizeibeamter nachts gegen zwei Ruhestörer vorgehen und ihre Personalien feststellen wollte, wurde er von dem einen der beiden zu Boden geworfen und mit den Häufeln bearbeitet. Trotzdem bewährte der Beamte immer noch seine Ruhe und versuchte durch gütliches Zureden den Angreifer zu veranlassen, mit zur Wache zu kommen. Alle Ermahnungen wurden mit neuen Angriffen beantwortet. Das Unverhältnißliche dabei war, daß die hingukommenden Straßenpassanten, ohne die Ursache der beabsichtigten Personalienfeststellung der Festnahme zu kennen, sich von dem einen Ruhestörer beeinflussen ließen und Partei gegen den Beamten ergriffen, anstatt dem Beamten, der trotz des tätlichen Angriffes von keiner Waffe Gebrauch machte, bei seiner Pflichtenverfüllung zu unterstützen. Am solche Überfälle auf Polizeibeamte in Zukunft zu verhindern, wird die Breslauer Regierung wohl dafür sorgen müssen, daß die Schutzpolizeibeamten in Waldenburg mehr für den Straßendienst, also für den ausgesprochenen Polizeidienst, verwendet werden, anstatt mit ihnen militärisch zu exerzieren. Nur ein Bruchteil der Polizeibeamten wird für den eigentlichen Polizeidienst vermandt und auch des Nachts läßt man nur immer einen Beamten durch die Straßen streifen.

Koschenbach, Kr. Landeshut. Ein teurer Wurf. Bei einer Schneeballschlacht, die hier mehrere Knaben veranstalteten, flog einem Manne ein Schneeball ins Gesicht. Während darüber, wollte dieser mit seinem Stock nach den Kindern werfen, der Stock aber verfehlte sein Ziel und zertrümmerte die Schauspieler-Scheibe der Wiesländischen Schloßerei. Das Ende vom Liede: der Stadtwurf kostet 180 Mark.

Sablinitz (Oberschlesien). Der Wahl-„Kampf“. In den letzten Tagen sind in Ploß und Crasitz Wahlversammlungen der Korfanti-Partei und der deutschen Sozialdemokraten von organisierten Versammlungspreparern auseinandergejagt worden. Während es in der Korfanti-Versammlung zu schweren Mißhandlungen der Teilnehmer kam, begnügten sich die Ruhestörer bei den Sozialdemokraten mit der Sprengung der Veranstaltung. Gleichmäßig. Der tierfreundliche Landrat. Eine allen Tierfreunden höchst willkommenen Anregung hat der hiesige Landrat durch sein Schreiben gegeben, das Sammeln von Freiwildern zwecks Verwertung zur Futtermittelherstellung zu unterlassen. Der sehr beliebten Speise geht jedesmal eine höchst grausame Tierquälerei voraus.

Breslaus größte Likörfabrik ohne Destillen

Herzberg & Co.

bietet Ihnen Fabrikate in folgenden 5 Geschäften an:

Nischenstraße 48
Rüschersplatz 18
Klosterstraße 64
Nischenstraße 3
Leuthnerstraße 19



Der berühmte Breslauer 35% Weinebrand-Verschn. per Liter Mk. 2.10
Weinebrand-Verschn. per Liter Mk. 2.80
36% Monopol-Spirit per Liter Mk. 5.50



Weinebrand-Verschn. per Flasche 2.50 u. 3.-
Echter Weinebrand aus franz. Weinen gebrennt die Unkraut von 4 Liter Wein per Flasche 3.50, 4.-, 5.-, 6.-
Pellissou Pere & Co. Cognac mit eingetragenen Zeichen per Flasche Mk. 11.50



per Flasche
Cognac 2.00 u. 3.00
Schnaps 2.00 u. 3.00
Wodka 2.00 u. 3.00
Brennspiritus 2.00 u. 3.00
Pflanzenspiritus 2.00 u. 3.00
Korn 2.00 u. 3.00



per Flasche
Cherry Brandy 3.50
Brenn. Goldwasser 3.50
F. Orme 3.20 u. 4.00
aus frischem Kiefernholz
Ahnung 40% 4.50
Ahnung 48% 4.50
Erdbeeren 50% 4.50

Zur Konfirmation

Empfehle ich Konfirmations-Anzüge 15.50 in groß. Auswahl u. in allen Preislagen Mk. 25.-, 26.-, 24.-, 23.50, 17.-

Bei Kauf eines Konfirmations-Anzuges vom Mk. 25.- erhält jeder eine goldene Uhr mit Kette gratis!

Eugen Hamburger BRESLAU, Teichstraße 31

Wir sind Leser der „Volkswacht“

Wir kaufen bei Ihnen, weil Sie in der „Volkswacht“ inserieren. Sagt das, wenn Ihr einkauft, Ihr nutzt uns und damit Euch selbst!

TEE-Vertreter
Selbstständig ohne Kapital (med. Fein)
Verdienst ca 7000/-
Nur Bewerber aus der Provinz werden berücksichtigt.
Offert. u. B-D 2223 an Abt. Personal & Verlag, Potsdam.

Gründungslehre
Selbstständig ohne Kapital (med. Fein)
Verdienst ca 7000/-
Nur Bewerber aus der Provinz werden berücksichtigt.
Offert. u. B-D 2223 an Abt. Personal & Verlag, Potsdam.

Genannte Dr. Willi Böhm
spricht im Rundfunk über Sebels Leben
Mit eigenen Worten aus Sebels Briefen, die nachher in lebendigen Gesprächen von Dr. Böhm

Mag. Sebels ein Bild aus seinem Leben 90
Dr. Engel, Lebensbild 90
Karl Lang, Lebensbild 50
Karl Lang, Lebensbild 50
Karl Lang, Lebensbild 50

Eugen Hamburger
BRESLAU, Teichstraße 31

Die billigen Preise

von denen Tausende von Kunden Gebrauch machten gehen unverändert weiter!

Weiße Bezüge mit 2 Kissen.....	4.75
1 Bezug, 2 Kissen, Linon bestickt....	7.50
Paradeanzug mit 2 Kissen, pa. Linon, mit Einsatz.....	8.50
Damen-Bezüge m. 2 Kissen, la. Qual. 11.00	
Baukarier Bezüge m. 2 Kissen	6.75
Bettlätzchen, lederdicht, säberrecht 10.00	7.00
Bettlätzchen, bittlenwech, 120/200.....	2.25
Gesichts- und Rücken-Taschentücher.....	0.20
Kochlätzchen aus gutem Koperbarhent	1.95
Prinzeßlätzchen mit schönen Scherelen und Hobisosen.....	2.50
Berren-Taschentücher.....	2.25
Kavalierslätzchen, einfach u. gewandt	0.35
Damenstrümpfe, pa. Maß, und Vachseln.....	0.95
Kommodenbezug.....	0.45
Wandlätzchen, imprägniert.....	7.50
Taschentücher, pa. Domast 120/200.....	5.50

Keine Schenker, aber sehr billige Preise!

Was in dieser Annonce angegeben wird, das werden Sie auch wirklich bei mir finden!

Wäsche-Manneberg

Inh.: Kurt Manneberg
K. K. Reuschstraße 47 in B. B.

Für die Frauen

Der Kampf um die Gleichberechtigung.

Vor 80 Jahren trat in Berlin der erste große deutsche Arbeiterkongress zusammen. Sein Hauptreferent war Stephan Born, ein junger Buchdrucker, der bereits als Zwanzigjähriger eine Broschüre verfaßt hatte, die einen Zettel der sozialen Frage löste. Auf einer Reise nach Paris hatte Born 1847 Friedrich Engels kennen gelernt, und das damals im Entstehen begriffene „Kommunistische Manifest“ hatte einen tiefen Eindruck auf den jungen Feuerkopf gemacht. Nach seiner Rückkehr nach Berlin war Born überall anzutreffen, „wo es galt, eine Bewegung, die nur auf den ersten Anstoß wartete, in Fluß zu bringen.“ Das Berliner Zentralkomitee wurde mit Born als Vorsitzenden und als Delegierten der Buchdrucker gewählt. Damit hatte, wie Max Quara in seinem Buche „Die erste deutsche Arbeiterbewegung von 1848/49“ schreibt, die „Geburtsstunde der deutschen Arbeiterbewegung“ geschlagen. Zehn Tage später setzte der erste deutsche Schriftstellerkongress ein, in dem Born eine große Rolle spielte. Born gab dann die Arbeiterzeitschrift „Das Volk“ als Organ des Zentralkomitees und als „sozialpolitische Zeitschrift“ heraus. Hier erklärten auf dem Boden des „Kommunistischen Manifestes“ in einer langen Artikelreihe ein vollständiges Arbeiterprogramm. Bald trat dann auch der erste deutsche Arbeiterkongress zusammen. „Das Volk“ veröffentlichte die Protokolle der vier ersten Sitzungen nebst den Beschlüssen über die Schlußfrage und die Organisation. Die neue Zentralorganisation wurde „Arbeiterverbrüderung“ genannt. Ihre Zeitschrift, die „Verbrüderung“, sollte Born in Leipzig herausgeben.

Eine große Freude erlebte das Zentralkomitee durch die Solidaritätserklärung der Arbeiterinnen, die Luise Ditto einlieferte. Diese Frau hatte schon früher in Robert Klums „Vaterlandsblätter“ das Recht und die Pflicht der Frauen zur Teilnahme am politischen Leben proklamiert, und sie hatte im März 1848 an das sächsische Ministerium Oberländer die „Adresse eines deutschen Mädchens“ gerichtet, die mit den Worten schloß: „Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie die Arbeit genügend organisieren können, wenn Sie nur die Arbeit der Männer und nicht auch die der Frauen mit organisieren — und wenn alle an Sie zu denken vergessen, ich werde es nicht vergessen!“ Als nun der Berliner Kongress beschloß, daß Arbeiterinnen „unter gleichen Verpflichtungen gleiche Rechte“ haben sollten, richtete Luise Ditto ein Schreiben an die „Verbrüderung“, in dem es unter anderem hieß: „Arbeiter! Ihr habt damit die andern Männer beschämt, die Männer der Wissenschaft, des Staats, des Geschäfts usw. ... So bin ich es denn gewiß: Ihr habt es nicht vergessen, daß ... Ihr auch Schwestern habt, Schwestern, die wie Ihr leiden unter den Herrenrechten des Geldes, unter der Uebermacht des Kapitals, unter dem Drucke unheimlicher Arbeitgeber und eines Uebermaßes von Konkurrenz. Es liegt also das Los der Arbeiterinnen mit in Eurer Hand, Arbeiter! Sie können sich nicht allein helfen. Ihr müßt Euch ihrer mit annehmen und sie wenigstens führen und ihnen bei der Anordnung ihrer eigenen Angelegenheiten hilfreich an die Hand gehen! — Ich bin gewiß, daß Ihr dies tun werdet, da Ihr einmal jenen Paragraphen in Eure Beschlüsse aufgenommen und am besten wißt, wie ich ihm es um Eure Schwestern steht. Wollt Ihr mir gestatten, unter Euch, wie ich es schon früher getan, die Sache unserer armen Schwestern zu vertreten, so wird es mein Stolz und meine Freude sein, für sie und zu Euch zu sprechen als Eure treue Schwester Luise Ditto.“

Zunächst wollte diese Frau nur eine enge organisatorische Verbindung und ein Bekenntnis gegen das Männerprivileg erreichen. Dazu kam es im Jahre 1850, als der Zutritt zum Verbandsrat der Arbeiterinnen gestattet wurde. Dem modernen wissenschaftlichen Sozialismus also, wie Marx und Engels ihn begründeten, und wie die „Arbeiterverbrüderung“ ihn schon vor 80 Jahren in die Tat umzusetzen suchte, ist es vorbehalten, festzustellen, daß auch die Frauenarbeit ein notwendiges Ergebnis der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise ist, daß es sich demnach darum handelt, die Stellung der Arbeiter als bloße Produktionsinstrumente aufzuheben, d. h. sie ebenso wie den Arbeiter von der Lohnsclaverei zu befreien und sie damit gleichberechtigt zu machen.

Auf dem Arbeiterkongress zu Gießen im Jahre 1869 kam es zu einer längeren Erörterung über die Frauenarbeit. Der Gedanke der Gleichberechtigung der Geschlechter hatte sich damals noch immer nicht völlig durchgesetzt. So erklärte sich der damals gestellte Antrag, die Abschaffung der Frauenarbeit zum Programm der Partei zu machen. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß das Ziel, das er im Auge habe, nicht erreicht werden könne und jede Unterdrückung der Frauenarbeit die auf den Erwerb angewiesenen Frauen nur schmerzliche der Prostitution in die Arme treiben werde. Die gefährliche Konkurrenz der Frauen lasse sich nur beseitigen durch die gemeinsame Organisation mit den Männern, durch die Erwerbung des Klassenbewußtseins in den Frauen und die Hebung des Weibes zur gleichberechtigenden Genossin.

Es ist notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Gedanke der Gleichberechtigung der Frau Hand in Hand geht mit der ersten Arbeiterorganisation, der „Arbeiterverbrüderung“. Die Idee der Gleichberechtigung ist auch in der ersten öffentlichen Mündigkeitserklärung der Frau, die durch Arbeit und Not politisch mündig geworden war, Ausdruck gegeben worden in dem Ruf am Schluß des „Kommunistischen Manifestes“, der an alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechtes erging:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
Anna Bloss, Stuttgart.

Die neue Wohnung.

Es wird heute anders gebaut als vor 1914. Erster, Giebel und Türmchen und allerhand Ueberflüssigkeiten mußten weichen, um der neuen Idee, Licht, Luft und Wärme in die Wohnungen einbringen zu lassen, Raum zu geben. Die Arbeiterklasse verstand diese Bestrebungen mit Interesse. Daß sie Sinn und Verständnis für die kulturelle Entwicklung des Bauwesens hat, das beweisen unter anderem das Verwaltungsgebäude der Gewerkschaften und das Haus der Buchdrucker in Berlin, und das war auch an der Bedeutung zu erkennen, die dem Wohnungsbau auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel zu bewiesen wurde. Auch die Arbeiterfrau lernt, von Dekorationsabgegeben und sich dem rein zweckmäßigen zuzuwenden. Das ist ein notwendiges Ergebnis der Frankfurter Vertragsabhandlung in Stuttgart erschienenen Buch „Ein Wohnhaus“ respektive dem Architekten Bruno Taut gibt gerade der Frau wertvolle Anregungen für die zweckmäßige Ausgestaltung der Wohnung. In Taut finden wir nicht nur der Praktiker, sondern auch den Theoretiker und den Ingenieur, der die Ergründungen der Techniker in eine Kultur der Technik wandelt. Mit diesen Gedanken ausgestattet, baut er sich sein Haus, das er uns in Wort und Bild, von den Wirtschaftsräumen bis zum Dach, von innen und außen mit dem Garten in seinem geschmackvollen Buch vorführt und erklärt. Wenn auch darin mancherlei durchaus Lebensunwesentliches vom Arbeiter und seiner Frau mit dem Stoff abgehoben werden kann, so bleibt doch so viel Anregendes übrig, das sich selbst auf ein kleines selbstgegründetes Holzhauschen auf dem Lande übertragen läßt, das viele Darstellungen überall lebendige Anregungen mit sich führt. Taut ist mit seiner Kunst von allem Schmuckhaften zum Schönen der Zweckmäßigkeit, mit seiner Einsicht zu Natur, Licht und Wärme, zum Ein-

fachen und Klaren im Arbeiter ein verständnisvolles Echo als im Bourgeois, der die Stufe des Reichtums, die er erklimmen hat, nun auch möglichst laut und deutlich zur Schau stellen möchte.

Tauts Buch bejahen, heißt, sich von einer Welt befreien, die als höchstes den Reichtum und Luxus preist, die diese Dinge zumindest vortäuscht, die großsprecherisch und verlogen ist. In dieser Zeit gehören Häuser mit prologischen Fronten, mit Giebeln, Erlern und prächtigen Zimmereinrichtungen, mit Decken, Decken, Vorhängen und überflüssigen Dingen, die Wohlstand und Reichtum vortäuschen sollen. Von der Anschauung sich freimachen, daß diese Dinge Lebensziel und Glück bedeuten, heißt nichts anderes als dem Bourgeois eine Waffe entwinden, mit der dem Proletarier die sogenannte „höhere soziale Stufe“ kenntlich gemacht werden soll. Sich zu Taut und der neuen Idee vom Bauen und Wohnen bekennen, heißt, Anschluß an die große Schöpferin Natur finden. In diesem Sinne wird sich jedermann sein Häuschen so hinstellen, daß die Hauptwohnräume am reichlichsten von der Sonne durchwärmt werden, und wird alle Ergründungen der Technik ausnützen, um möglichst viel Licht ins Haus hineinzulassen. Taut benutzt das Glas in reichlichem Maße, nicht etwa nur Fensterglas, sondern auch Prismen, mit denen er das Dach des Balcons deckt. Er setzt eine ganze Glaswand aus Prismen ein, die die ganze Treppe beleuchtet, und sagt davon: „Der Lichtaktor ertönt hier fortissimo, durchflutet den oberen Fluß und die Schlafkammer, wenn ihre Türen geöffnet sind; die Wärme des Lichtes breitet sich dahin aus, und gleichzeitig flutet es nach unten bis in das Wohnzimmer durch seine Glasluren.“ Hier haben wir ein Beispiel neuzeitlichen Bauens.

Nähe des Geliebten.

Ich denke dein, wenn mir der Sonne Schimmer
Vom Meere strahlt;
Ich denke dein, wenn sich des Mondes Glimmer
In Quellen malt.
Ich sehe dich, wenn auf dem fernen Wege
Der Staub sich hebt;
In tiefer Nacht, wenn auf dem schmalen Stege
Der Wandrer hebt.
Ich höre dich, wenn dort mit dumpfem Rauschen
Die Welle steigt;
Im stillen Haine geh' ich oft zu lauschen,
Wenn alles schweigt.
Ich bin bei dir, du seist auch noch so ferne,
Du bist mir nah!
Die Sonne sinkt, bald leuchten mir die Sterne,
O wärst du da! Goethe.

Es wird nicht nur hier und dort ein wenig Licht hereingeholt, nur gerade so viel, daß die Wirkung der schönen Architektur des Hauses auf den neidvollen Bekauer nicht leidet, sondern das Licht soll in großen Mengen zu dem Bewohner kommen und ihm allen Segen des Lichtes geben.

Taut hat sein Wohnhaus aus rein praktischen Erwägungen mit einem flachen Dache versehen. Dabei wurde es ihm möglich, eine Lüftungslappe im Dache anzubringen, die aufs vorteilhafteste die Entlüftung besorgt, da ja die verbrauchte Luft im Treppenraum aufsteigt und unter der Decke stehen bleibt. Es soll damit nicht gesagt werden, daß nun jedes Haus mit einem flachen Dach und einer Lüftungslappe ausgestattet werden muß, aber es soll darauf hingewiesen werden, daß Zweckmäßigkeit und Hygiene enger beieinander liegen, als es bisher bei dem „stilvollen oder komfortablen Hause“ der Fall war. Wahre Triumphe, die bei der Hausfrau, die an eine Vereinfachung ihres Hauswesens denkt, helle Begeisterung auslösen müssen, feiert aber das Ziel der Zweckmäßigkeit bei Taut in der Innenausstattung der Räume. Die vielen, vielen Schritte, die eine Hausfrau am Tage machen muß, sind durch die angewandte Zweckmäßigkeit in Wohn- und Wirtschaftsräumen tatsächlich überflüssig geworden. Da ist das eingebaute Büfett im Wohnzimmer, dessen Rückseite von der angrenzenden Spülküche erreichbar ist. Das gebrachte Geschirre wird also vom Tisch in das Büfett gestellt, auf der anderen Seite in der Spülküche herausgenommen, gereinigt und wieder dort in das Büfett gestellt. Da ist ferner der Küchenschrank mit Rollschlüssen und mit Behältern für Mehl und Zucker, die von oben bequem zu füllen und von unten mit einem Nidelschieber in beliebigen Mengen zu entleeren sind. Ein schmaler Glasstreifen zeigt die Höhe des Inhalts an.

Das sind nur ein paar Beispiele. Die Handlichkeit, Sauberkeit und Saubereit aller dieser Möbel sind so überzeugend, daß nur zu wünschen bleibt, die Möbelfabrikanten möchten baldigt von der üblichen Schablone der Fabrikware, bei der noch sehr wenig von Zweckmäßigkeit zu spüren ist, abgehen und zweckmäßige Möbel herstellen. Dabei müssen sie dann aber auch von Taut die Liebe zum Material, die Freude an sauberer, korrekter Arbeit übernehmen. Diese Liebe erstreckt sich von den Möbeln zu den Türen und Fenstern, die ja ebenfalls zur Ausstattung eines Raumes gehören. Taut wendet ihnen deshalb sowohl in der Ausführung wie im Anstrich alle Aufmerksamkeit zu. Gerade den Anstrich des Hauses und der Räume behandelt er besonders eingehend. Wo bisher schon der farbige Anstrich der Räume angemeldet wurde, tat es der Bourgeois nur, weil es „so modern“ ist, ohne sich jedoch im ganzen von der Verlogenheit seines Bauwesens und seiner Wohnung freizumachen. In Taut aber und in den Bestrebungen für ein neuzeitliches Bauwesen finden wir den Ausdruck einer Weltanschauung, die zur Bindung des Menschen mit der Natur führt, zur Wahrheit, Klarheit, Einfachheit, Größe und Schönheit. Hilde Rödtschilde.

Die Frau im Polizeidienst.

In Amsterdam hat kürzlich die erste internationale Aussprache über die Frage weiblichen Polizeidienstes stattgefunden. Die aus zahlreichen Ländern besandte Tagung zeigte eine zunehmende Mitwirkung der Frauen und ihr Einbringen in einen neuen, immer größer werdenden Aufgabenkreis. Gerade für die besitzlosen Klassen ist die Frage der weiblichen Polizei von besonderer Bedeutung. Sind sie doch vielfach Opfer unserer Gesellschaftszustände, die in erster Linie mit den Weibern in Konflikt geraten, ja, oft, unter dem Druck der Not, zwangsläufig geraten müssen. Von der Mitarbeit der Frauen im Polizeidienst ist viel für die Verhütung von Verbrechen, die Vermeidung des Strafvollzugs und den erzieherischen Einfluß auf straffällige Personen zu erwarten. Das beweisen selbst die ersten kurzen Erfahrungen, trotz des noch bescheidenen Umfangs weiblicher Tätigkeit im Polizeidienst. Ueberreichtend wird auch berichtet, daß die weiblichen Polizeibeamten Verständnis und Unterstützung bei den arbeitenden Klassen gefunden haben.

Die erste Mitwirkung von Frauen auf polizeilichem Gebiete reicht etwa 25 Jahre weit zurück. 1903 stellte Stuttgart eine Polizeifürsorgerin ein, und dieses Beispiel fand im folgen-

den Jahrzehnt in zehn deutschen Städten Nachahmung. Es war aber ein weiter Weg von den ersten Polizeifürsorgerinnen oder Polizeiaffizentinnen, die in der Fürsorge für Jugendliche, Gefallene und Gefährdete wirkten, bis zu den voll anerkannten und fachlich ausgebildeten Beamtinnen, Polizeinspektorerinnen und Kriminalassistentinnen, die seit kurzem eingestellt sind. Heute kann man sagen, daß Deutschland auf diesem Gebiete fast an der Spitze steht.

Etwas verwirrend wirkt die sehr ungleichartige Tätigkeit, die den Frauen in den verschiedenen Ländern zugewiesen wird, und die schwer untereinander vergleichbar ist. In manchen Ländern z. B. wird den Frauen der Titel Polizeinspektor verliehen, obwohl ihre Aufgaben nicht über die unserer Fürsorgerinnen hinausgehen, während andererseits z. B. in England, verschiedene Arten amtlicher, halbamtlicher und privater Polizeikräfte, die sämtlich Uniform tragen, nebeneinander wirken. Im allgemeinen betätigen sich Frauen auf folgenden Gebieten:

Bernehmung von Frauen und Kindern in allen Fällen von Sexualdelikten, Ermittlungen bei Kindesmord, Abtreibung und Kindesauslieferung;
Bernehmung von straffälligen Frauen, Jugendlichen und Kindern und von weiblichen und jugendlichen Zeugen;
Verhütung und Transport von Frauen und Jugendlichen, Aufsicht über Straßen und öffentliche Anlagen;
Ueberwachung des Straßen- und Hausierhandels, unter besonderer Berücksichtigung der Jugendlichen und Kinder;
Ueberwachung von verdächtigen Häusern und Absteigequartieren, von Vergnügungsetablissemments und Spielhäusern, Wohnungspolizei, Schutz mißhandelter und verwahter Kinder, Ueberprüfung von Schulbüchern;
Mitwirkung bei den Ein- und Auswanderungsbehörden und bei den Nachforschungen nach Vermissten.

Von diesem umfangreichen Programm haben manche Länder mehr, andere weniger verwirklicht. Ueberall aber ist die Zahl der Frauen noch gering, so daß sich ein weites Tätigkeitsfeld für die Zukunft eröffnet.

In Deutschland beschäftigen zurzeit vier Länder insgesamt 74 weibliche Polizeibeamte, die in ihren Bezügen den Männern gleichgestellt, pensionsberechtigt und vereidigt sind. Davon entfallen 50 auf Preußen, 12 auf Baden, 6 auf Sachsen und 6 auf Hamburg. Die Einführung weiblicher Polizei in ihren neuen Funktionen ist in Deutschland zurückzuführen auf die während der englischen Besetzung von Köln 1922 dort in der englischen Frauenpolizei, die dem Einfluß der englischen Frauen zu danken war. Ihr Wirken, zu dem bald, im Einvernehmen mit deutschen Frauenorganisationen, auch deutsche weibliche Polizeikräfte herangezogen und ausgebildet wurden, brachte angelegentlich dieser Mithilfe, die durch die Besetzung entstanden waren, eine große Erleichterung mit sich. Die damals aus England entsandten Polizistinnen, die in ihrer schmutzen, aber sehr männlich wirkenden Uniform großes Aufsehen erregten, waren aus freiwilligen, privaten Frauenorganisationen hervorgegangen. Schon 1914 hatten diese Organisationen aus eigener Initiative und auf eigene Kosten eine uniformierte weibliche Polizei ausgerüstet und dadurch die Behörden ermutigt, ihrerseits amtliche uniformierte weibliche Polizeikräfte auszubilden und in Dienst zu stellen. Heute funktionieren amtliche und private Polizistinnen nebeneinander. Den privaten Bahnbrecherinnen wird allerdings noch mancher Stein in den Weg gelegt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika beschäftigen 200 Städte Frauen im Polizeidienst, mit gleichem Gehalt wie die Männer, unter Dienstzeit und mit Pensionsberechtigung, aber ohne Uniform. Deutsch-Österreich, der Freie Staat, Holland und Dänemark haben den Frauen bisher im wesentlichen erst die fürsorgerische Tätigkeit übertragen. Die Ansätze zu einer weiblichen Polizei in anderen Ländern sind bisher kaum nennenswert. Ueberall wird die Tätigkeit der Frauen im Polizeidienst, ohne Rücksicht auf ihren Umfang, als großer Fortschritt empfunden und von zahlreichen Polizeipräsidenten durch die Forderung nach rascher Vermehrung der Zahl der Beamtinnen anerkannt. Wir erwarten von einer weiblichen Mitwirkung eine Erfüllung der polizeilichen Tätigkeit mit mehr sozialem Verständnis. Freilich ist eine strenge Sichtung der Anwärterinnen nötig. Wir müssen fordern, daß die Polizeibeamtinnen neben ihrer geistigen und körperlichen Eignung, an die hohe Ansprüche gestellt werden, auch die Lebensauffassung und soziale Einstellung mitbringt, die einem neuen Geiste der Weiblichkeit und des Rechtes entsprechen. Zweifellos können aus den verschiedensten Kreisen Frauen mit weitherzigem Verständnis für die Not der Entlassenen hervorgehen, aber es ist dringend zu wünschen, daß vor allem auch befähigte Kräfte, die der Arbeiterklasse entstammen, die wirtschaftliche Weisheit fänden, um sich diesem Berufe zuwenden zu können. Die geringen Aufwendungen, die vielleicht im Einzelfalle von fortgeschritten eingestellten Kommunen bewilligt werden könnten, würden sich bald als gut angelegtes Kapital erweisen. Wiese Schreiber.

Die Unterstützung Hilfsbedürftiger.

Als Heft 12 der Schriften des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hat Oberbürgermeister i. R. Cuno (Hagen i. W.) eine kleine Schrift mit dem reichlich langen Titel „Grundrissliches bei der Aufstellung und Handhabung von Richtlinien für die Unterstützung Hilfsbedürftiger“ veröffentlicht. Der Verfasser ist eins der ältesten Mitglieder des Vereins und immer ein Wortführer individueller Fürsorge gewesen. Besonders hat er immer den Standpunkt vertreten, daß für die Bemessung einer zu gewährenden Unterstützung nicht das sogenannte Existenzminimum maßgebend sein dürfe, sondern dabei ein soziales Moment zum Ausdruck kommen müsse. In diesem Sinne sind in der vorliegenden Schrift vor allem die Leitätze für Sozial- und Kleinrentner gehalten. Von besonderer Bedeutung erscheinen die Ausführungen über den Bedarf für Unterkunft und Miete. Sehr richtig wird hier ausgeführt, daß die tatsächlichen Verhältnisse von heute eine schematische Bemessung einer Unterstützung unmöglich machen. Wenn z. B. eine Familie von einer bestimmten Anzahl von Köpfen normalerweise etwa 10 Mark monatlich zu wohnen dürfe, so sei damit nicht gesagt, daß sie auch wirklich eine Wohnung zu diesem Preise finde. „Eine arme Familie mit vielen Kindern wird auch heute noch vom Hauswirt nicht gern aufgenommen. Sie muß die Wohnung nehmen, die sie findet, auch wenn die geforderte Miete über ihre Verhältnisse geht.“ Dem Abschnitt über Gegenrechnung der Einnahmen wird man vielleicht nicht in allen Einzelheiten zustimmen können, vor allem der Forderung der vollen Anrechnung des Arbeitseinkommens. Allerdings geht Cuno zu, daß eine schwer arbeitende Person mehr zum Lebensunterhalt braucht als ein aus dem Erwerbsleben ausgeschiedener. Aber die Übergänge zwischen schwerer, leichter und leichter Arbeit sind um so weniger festzustellen, als doch auch die körperlichen Bedürfnisse und Kräfte individuell außerordentlich verschieden sind. Deshalb sollte dem Arbeitenden, besonders wenn er in einem etwas höheren Alter steht, der Arbeitsertrag lieber nur prozentual angerechnet werden. Das sind jedoch Einzelheiten, die immer verhandelt beurteilt werden. Sehr viel für die Praxis werden besonders auf die im Anhang mitgeteilten Richtlinien verschiedener Wohnstätten (Wohnen, Jagen) über Gewerbesteuer und Anrechnung von Vermögenseinkünften, ferner über die praktische Tätigkeit der Fürsorgeorgane die Bestimmungen über zu gewährende Hilfe sein.

